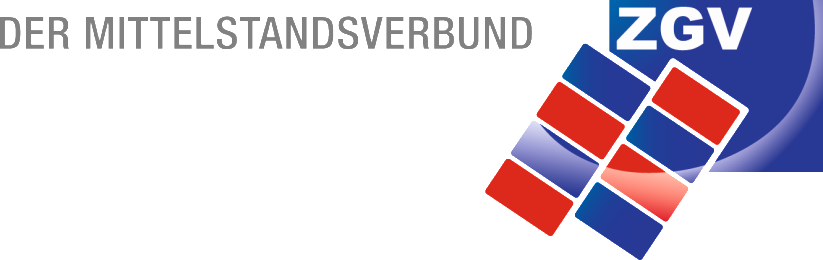
****

**ORIENTIERUNGSHILFE FÜR KARTELLRECHTSKONFORMES VERHALTEN**

**DER VERBUNDGRUPPE XYZ**

(Stand: 09.06.2016)

*Bei einer Verbundgruppe handelt es sich um eine besondere Form der überbetrieblichen Zusammenarbeit als Kooperation, die auf Dauer angelegt ist und an der selbstständige Handels-, Handwerks- oder Dienstleistungsunternehmen beteiligt sind. Die jeweilige Ausgestaltung von Verbundgruppen kann dabei unterschiedlich sein. Je nach Art und Struktur der Verbundgruppe kann die in dieser Orientierungshilfe niedergelegte rechtliche Bewertung von Verhaltensweisen daher abweichen.*

**1. Vorbemerkung**

Die Verbundgruppe XYZ (im Folgenden„Verbundgruppe“) ist ein förderwirtschaftliches Unternehmen, das den Zweck verfolgt, die wirtschaftliche Tätigkeit und damit die Wettbewerbsfähigkeit der ihr als Mitglieder/Gesellschafter angeschlossenen Händler/ Handwerker/ Dienstleistungsunternehmen (im Folgenden „Anschlusshäuser“) zu unterstützen. Zusammen mit ihren Anschlusshäusern ist die Verbundgruppe im gemeinsamen Einkauf, der Beratung, im Marketing und bei gemeinsamen Absatzaktivitäten aktiv.

Verbundgruppen von kleinen und mittleren Unternehmen werden in der Regel als wettbewerbsfördernd angesehen. Wesentliches Kriterium für die kartellrechtliche Beurteilung von Verbundgruppen ist dabei nach den sog. Horizontal Leitlinien der EU-Kommission (Leitlinien zur Anwendbarkeit von Art. 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit - 2011/C 11/01, Rdn. 194 ff.) die durch die Nachfragebündelung entstehende Marktmacht auf den Einkaufs- und – soweit die Beteiligten auch als konkurrierende Anbieter auftreten - Absatzmärkten. Es gibt dabei keine absolute Schwelle, bei deren Überschreiten davon ausgegangen werden kann, dass eine Verbundgruppe „Marktmacht“ begründet. In den meisten Fällen ist es jedoch unwahrscheinlich, dass „Marktmacht“ besteht, wenn die Verbundgruppe (und deren Anschlusshäuser) sowohl auf den Einkaufsmärkten, als auch auf den Verkaufsmärkten einen gemeinsamen Marktanteil von nicht mehr als 15% haben. Überschreitet ein Marktanteil diese Schwelle auf einem oder beiden Märkten, so heißt dies nicht automatisch, dass die Verbundgruppe wahrscheinlich wettbewerbsbeschränkende Auswirkungen hat. Hier müssen vielmehr eingehend ihre Auswirkungen auf den Markt geprüft werden, unter anderem unter Berücksichtigung von Faktoren wie Marktkonzentration und mögliche Gegenmacht starker Anbieter.

Die Arbeit der Verbundgruppe setzt eine absolute Vereinbarkeit mit dem Kartellrecht voraus.

Die Verbundgruppe bietet den Anschlusshäusern Informationen in verschiedenen Formen und Informationsaustausch in Telefonkonferenzen und Gremiensitzungen. Die Anschlusshäuser erhalten die Gelegenheit, neben einer gemeinsamen Bewertung anstehender Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen auch die Marktsituation zu erörtern, regionale Besonderheiten kennen zu lernen und Informationen auszutauschen. Dies ist originäre Funktion der Arbeit der Verbundgruppe und mit dem Kartellrecht vereinbar, soweit hiermit keine Wettbewerbsverhinderung, -einschränkung oder -verfälschung bezweckt oder bewirkt wird.

Die Vorstände/Geschäftsführer, Aufsichtsräte und Mitarbeiter/innen der Verbundgruppe stehen in Ausübung ihrer Tätigkeit auch in Kontakt zu Wettbewerbern. Dies gilt insbesondere bei gemeinsamen Veranstaltungen, Gremiensitzungen und Seminaren mit Vorständen und Mitarbeitern anderer Unternehmen. Dies ist mit dem Kartellrecht vereinbar, soweit damit keine Wettbewerbsverhinderung, -einschränkung oder -verfälschung bezweckt oder bewirkt wird.

Im Rahmen dieser Tätigkeit sind die kartellrechtlichen Vorgaben unbedingt einzuhalten und die nachfolgenden Grundsätze zu beachten:

**2. Kartellrechtliche Grenzen**

**2.1. Grundsatz**

Verboten sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 1 GWB – Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen).

**2.2. Absprachen**

Unzulässig ist in jedem Fall ein Meinungsaustausch mit Beschlüssen, Vereinbarungen oder abgestimmtem Verhalten zu

* Preisen (d.h. insbesondere Absprachen bezogen auf Preishöhen und/oder sämtliche Preiselemente, z.B. Höchst- oder Mindestpreise, Boni, Rabatte sowie den Zeitpunkt von Preisänderungen),
* Marktaufteilungen, beispielsweise hinsichtlich Produktion, Bezug oder Absatz von Waren, regionalen Grenzen etc.

Zu beachten ist, dass bereits die bloße Anwesenheit bei einem derartigen Meinungsaustausch von anderen Teilnehmern, der lediglich zur Kenntnis genommen wird, aber zugleich einen Nachahmer-Effekt auslösen kann, als kartellrechtswidrige passive Teilnahme an der Koordinierungsmaßnahme gewertet und geahndet werden kann.

**2.3. Marktinformationssysteme**

Insbesondere im Hinblick auf die Beurteilung der jeweiligen nationalen und internationalen Märkte ist es für die Arbeit der Verbundgruppe von großer Bedeutung, im kartellrechtlich zulässigen Rahmen aktuelle Informationen über besondere Entwicklungen möglichst zeitnah auszutauschen.

Der Austausch über günstige Einkaufskonditionen innerhalb einer Verbundgruppe gehört zu einer typischen Funktion, ohne die eine Verbundgruppe nicht ihrem förderwirtschaftlichen Auftrag gerecht werden könnte. So kann für die Umsetzung einer gemeinsamen Einkaufsregelung der Austausch sensibler Geschäftsinformationen, zum Beispiel über Einkaufspreise und –mengen erforderlich sein.

Auch über den gemeinsamen Einkauf hinaus ist ein Informationsaustausch in Verbundgruppen häufig angezeigt. Soweit es sich dabei um branchenspezifisch öffentlich verfügbare bzw. zugängliche Marktstatistiken und Marktinformationen handelt, ist der Austausch nicht per se verboten, sondern in den kartellrechtlichen Grenzen möglich. Erlaubt sind Auskünfte über Durchschnittspreise und Durchschnittswerte (Liefermengen, Umsätze), vorausgesetzt eine Identifizierung einzelner Kunden oder Lieferanten sowie Rückschlüsse auf einzelne Geschäftsvorgänge sind ausgeschlossen.

Bei Marktinformationssystemen (z.B. Betriebsvergleiche, statistische Erhebungen) sollen die Feststellungen durch einen marktkundigen Dritten erfolgen. Das kann die Verbundgruppe oder ein Verband sein. Nur dieser Dritte soll die konkrete Zuordnung der gemeldeten Daten nachverfolgen können. Je mehr Anschlusshäuser sich beteiligen, desto geringer ist das Risiko einer Zuordnungsmöglichkeit. Eine Mindestanzahl von 5 teilnehmenden Unternehmen darf nicht unterschritten werden.

Identifizierende Daten müssen grundsätzlich historisch sein. Wann Daten historisch sind, hängt vom Einzelfall ab. Bei Umsatzdaten z.B. geht man bei entsprechend hoher Aggregation davon aus, dass sie historisch sind, wenn sie mindestens 6 Monate alt sind. Bei aktuellen Daten muss gewährleistet sein, dass eine Identifizierbarkeit von einzelnen Unternehmen nicht möglich ist. Aus diesem Grund müssen sich mindestens 5 Unternehmen beteiligen und keines dieser Unternehmen darf in den verglichenen Sektoren einen überwiegenden Marktanteil halten, so dass auch bei der Darstellung von Mittelwerten keine Zuordnung zu einzelnen Unternehmen möglich ist.

Der Informationsaustausch hat grundsätzlich eine eingeschränkte Marktransparenz zur Folge, die jedoch keine wettbewerbsbeschränkende Wirkung entfalten darf. Unzulässig ist daher der Austausch über folgende Themen:

* Preisgestaltung, Preisstrategie und zukünftiges Marktverhalten
* Individuelle Verkaufs- und Zahlungsbedingungen
* Herstellungs- oder Absatzkosten, Kostenrechnungsformeln, Methoden der Kostenrechnung
* Produktion, Lagerbestände und einzelne Verkaufsgeschäfte
* Produktionsmengen- und Produktionsdrosselungen
* Aufteilung von Märkten oder Bezugsquellen, sowohl räumlich als auch nach Kunden
* Geheimhaltungsbedürftige Daten zu Investitionen oder technischen Entwicklungen.

**2.4. Empfehlungen durch die Verbundgruppe**

Einseitig durch die Verbundgruppe erbrachte Informationen, z.B. Mitgliederinformationen, Rundmails an Gremien oder öffentlichkeitswirksames Auftreten der Verbundgruppe sind unkritisch, wenn sie sich auf die reine Vermittlung von Tatsachen beschränken und Schlussfolgerungen hieraus allein den Anschlusshäusern überlassen. Mustertexte jeder Art und andere Empfehlungen müssen den reinen Empfehlungscharakter und die fehlende Bindungswirkung für die Anschlusshäuser betonen.

Empfehlungen, die den Anschlusshäusern ein wettbewerbliches Verhalten nahelegen, sind unzulässig, wenn sie als Gegenstand einer direkten Vereinbarung gegen das Kartellverbot verstoßen würden.

**2.5. Boykott-Aufrufe**

Aufrufe zu einem Boykott sind unabhängig davon, ob dem Aufruf Folge geleistet wird, unzulässig. Ein vollständiger oder teilweiser Ausschluss des Betroffenen vom üblichen Geschäftsverkehr durch Aufruf zu Liefer- oder Bezugssperren ist daher verboten.

**3. Empfehlungen und Verhaltenskodex für Ausschusssitzungen und Telefonkonferenzen sowie Marktinformationssysteme**

Insbesondere Arbeitskreise, Seminare und Telefonkonferenzen (Sitzungen) bieten Gelegenheit für einen Informationsaustausch. Aufgrund der Zusammensetzung der Teilnehmer und der vielfältigen Themen ist in diesen Fällen jedoch besonders darauf zu achten, dass der Informationsaustausch nur innerhalb der kartellrechtskonformen Grenzen erfolgt. Hierzu sind geeignete Maßnahmen zu treffen, die gerade auch von dem Sitzungsleiter beachtet werden müssen, z.B.:

* Der Sitzungsleiter sowie der teilnehmende Mitarbeiter der Verbundgruppe sind verantwortlich für die Einhaltung des kartellrechtskonformen Sitzungsverlaufes.
* Vor einer Sitzung ist den Teilnehmern rechtzeitig eine möglichst detaillierte Tagesordnung zuzusenden. Sowohl die Tagesordnung, als auch die zugehörigen Sitzungsunterlagen sind durch den Sitzungsleiter auf ihre Kartellrechtskonformität hin zu überprüfen.
* Der Leiter der Sitzung sowie der teilnehmende Mitarbeiter der Verbundgruppe weisen zu Beginn der Sitzung auf das kartellkonforme Verhalten hin. Bei regelmäßig stattfindenden Konferenzen oder Sitzungen mit gleichem Teilnehmerkreis genügt die Wiederholung des Hinweises in angemessenen Zeitabständen.
* Die Teilnehmer der Konferenz oder Sitzung sind ebenfalls strikt gehalten, sich kartellrechtskonform zu verhalten.
* Der Sitzungsleiter trifft - soweit notwendig - geeignete Maßnahmen, um kartellrechtswidriges Verhalten zu verhindern (z.B. durch Wortentzug, Ausschluss eines Teilnehmers, Abbruch der Sitzung).
* Bei kartellrechtlichen Bedenken sollten die Sitzungsteilnehmer den Leiter darauf hinweisen und ggf. geeignete Maßnahmen (s. o.) fordern. Passives Verhalten schützt nicht. Bei dem Verdacht auf kartellwidriges Verhalten muss konkret auf die Bedenken hingewiesen werden, da passives Verhalten gemäß der Rechtsprechung nicht genügt, um eine Beteiligung am Kartell auszuschließen. Die Forderung muss protokolliert werden.
* Teilnehmer sollten bei Fortsetzung einer kartellrechtlich bedenklichen Diskussion die Sitzung verlassen. Das Verlassen der Sitzung muss mit Name und Zeitangabe protokolliert werden.
* Bei Verstößen gegen diese Empfehlungen können betroffene Teilnehmer von der Teilnahme an den Veranstaltungen ausgeschlossen werden.
* Nach einer Sitzung sollen zeitnah Ergebnisvermerke mit den wesentlichen Inhalten und Beschlüssen der Sitzung gefertigt und an die Teilnehmer versendet werden. Die Teilnehmer sind anzuhalten, die Ergebnisvermerke zu prüfen und unkorrekte Protokollierungen und den daraus resultierenden Korrekturbedarf unverzüglich dem Sitzungsleiter mitzuteilen.
* Marktinformationssysteme sind permanent auf die genannten kartellrechtlichen Grenzen zu überprüfen. Gleiches gilt für Verbandsinformationen.

**4. Verhalten als Vorstand/Geschäftsführer/Aufsichtsrat/Mitarbeiter/in bei externen Veranstaltungen/Sitzungen**

Auch außerhalb des eigenen Arbeitsumfelds sind die beschriebenen kartellrechtlichen Vorgaben zu beachten. So z.B. wenn Sie an Veranstaltungen (z.B. Seminaren) oder Sitzungen anderer Verbundgruppen oder von Verbänden teilnehmen.

In diesen Fällen beachten Sie bitte insbesondere die nachfolgenden Punkte:

* Prüfen Sie die Themen, die Sie zur Tagesordnung einreichen im Hinblick auf die kartellrechtliche Zulässigkeit.
* Haben Sie im Vorfeld einer Sitzung wegen der geplanten oder mit der Tagesordnung angekündigten Themen kartellrechtliche Bedenken, haben Sie den Sitzungsleiter und Ihren Vorgesetzten hierüber unverzüglich zu informieren. Können die Bedenken im Vorfeld nicht ausgeräumt werden, nehmen Sie nach Rücksprache mit Ihrem Vorgesetzten nicht an der Sitzung teil. Vorstand/Geschäftsführung und Aufsichtsrat entscheiden nach eigenem pflichtgemäßem Ermessen.
* Wenn Sie im Verlauf einer Sitzung wegen der besprochenen Themen oder den ausgetauschten Informationen/Verhaltensweisen kartellrechtliche Bedenken bekommen, weisen Sie den Sitzungsleiter unverzüglich darauf hin. Trifft der Sitzungsleiter keine geeigneten Maßnahmen um Ihre Bedenken auszuräumen, fordern Sie den Sitzungsleiter auf Ihre Bedenken, und unter Angabe der Zeit, Ihr Verlassen der Sitzung zu protokollieren und verlassen Sie die Sitzung. Informieren Sie hierüber unverzüglich Ihren Vorgesetzten bzw. die übrigen Mitglieder des Vorstands/der Geschäftsführung bzw. des Aufsichtsrats (allein passives Verhalten (z.B. keine aktive Teilnahme am weiteren Sitzungsverlauf), schützt Sie nicht vor etwaigen kartellrechtlichen Rechtsfolgen).
* Achten Sie bei der Preisgabe von Informationen Ihres Unternehmens darauf, dass es sich nur um kartellrechtlich unbedenkliche Informationen handelt.
* Bei Zweifelsfragen ist eine Klärung mit dem Vorstand/der Geschäftsführung oder, soweit vorhanden, dem Compliance-Beauftragten der Verbundgruppe herbeizuführen.

**5. Bestätigung**

Mit meiner Unterschrift bestätige ich den Erhalt des Merkblatts „Allgemeine Information zu kartellrechtskonformem Verhalten (Stand 09.06.2016)“ sowie die vorstehenden Hinweise zur Kenntnis genommen zu haben und diese zu beachten. Dieses Dokument wird zweifach ausgefertigt; ein Exemplar nimmt die Verbundgruppe XYZ zu ihren Unterlagen.

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Ort/Datum

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Name und Funktion des Mitarbeiters/der Mitarbeiterin in Druckbuchstaben

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Unterschrift